

## **Mietobergrenzen für Sozialbauten verlangt**

### **Finanzsenator in der Kritik**

Die Ablehnung von Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau durch den scheidenden Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) hat Kritik bei Mieter- und Vermieterverbänden ausgelöst. "Das ist das falsche Signal", sagte gestern der Hauptgeschäftsführer des Berliner Mietervereins (BMV), Hartmann Vetter. "Sarrazin will sich wohl ein letztes Mal unbeliebt machen, bevor er auf den Vorstandsposten bei der Bundesbank wechselt." Die Mieten im sozialen Wohnungsbau seien schon jetzt unverhältnismäßig teuer. Mietobergrenzen seien deswegen notwendig.

Wie berichtet, will Sarrazin die bisherigen Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau aufheben. Betroffen davon wären rund 50 000 Sozialwohnungen. Für die etwa 90 000 Menschen, die in den Wohnungen leben, könnte danach die Kaltmiete zum 1. April dieses Jahres um 13 Cent je Quadratmeter Wohnfläche monatlich steigen. Bisher galt für Wohnungen an sozialen Brennpunkten eine Mietobergrenze von 5,35 Euro je Quadratmeter Wohnfläche monatlich. Für Sozialwohnungen in einfachen und mittleren Wohnlagen lag die Obergrenze bei 5,75 Euro pro Quadratmeter monatlich. Lediglich Wohnungen in guten Lagen waren ausgenommen. Die Mietobergrenzen würden das Land Berlin 2,5 Millionen Euro kosten. "Dass wegen so einer vergleichsweise sehr kleinen Summe der soziale Frieden in Berlin gefährdet wird, ist unbegreiflich", erklärte der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen. Der CDU-Abgeordnete Gregor Hoffmann sagte: "Das ist eine Entscheidung, die das rot-rote Wahlprogramm ad absurdum führt."

Verärgert über Sarrazin zeigte sich auch die SPD-Fraktion. Sie hatte erst Ende Januar beschlossen, dass die Mietobergrenzen weiter gelten sollen. Es sei "nicht nachvollziehbar", dass Sarrazin eine Vorlage von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) zu den Obergrenzen blockiere, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Christian Gaebler. "Wir erwarten, dass der Beschluss umgesetzt wird."

Berliner Zeitung vom 18. Februar 2009